



Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 15.08.2018**

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart Dr.

- Mitglieder

Gill-Gers, Alexandra
Hingst, Waltraud
Hof, Horst
Jaensch, Ruth
Konrad, Walter
Lange, Karsten
Lauzi, Myriam
Mehler, Kurt
Odenweller, Anette in Vertretung für Klaus Hafner
Schmitt, Uta
Schykowski, Martin
Siebner, Claudia
Stumpf, Heinz-Werner
Viering, Christian
Westrich, Sissi
At, Ayse
Braun, Ludwig
Bub, Kerstin

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens
Diefenbach, Kerstin
Göbig-Fricke, Gaby
Rizkalla, Diana

Entschuldigt fehlen

Hafner, Klaus
Pfeifer, Ann Kristin
Steitz, Georg

- Schriftführung

Besch, Monika

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0315/2015
2. Monitoringsystem: "Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz"
3. Konzept »Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Mädchen in Mainz«
4. Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
5. Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge
6. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 15.05.2018
7. Mitteilungen

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

b) nicht öffentlich

8. Grundstücksangelegenheit;

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung fragt Herr Mehler mit Bezug auf das Landesgesetz zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, warum der Tagesordnungspunkt 8 (Vorlage Grundstücksangelegenheit für den Sozialausschuss in seiner Eigenschaft als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen) als nicht öffentliche Vorlage ausgewiesen ist.

Im Nachtrag zur Sitzung wird deshalb folgende Stellungnahme des Amtes 80 beigefügt:
Eine Vorlage ist als nichtöffentlich einzustufen, wenn schutzwürdige Interessen Einzelner gegeben sind. Im vorliegenden Fall wurde der Vorlage zwar nicht der Kaufvertrag beigefügt aber es wurden alle wichtigen Daten wie die Namen der Vertragspartner, das Kaufobjekt, der Kaufpreis und die Grundschuldbelastung genannt. Folglich sind hier die schutzwürdigen Interessen Einzelner, nämlich des Verkäufers und des Käufers, berührt. Da die Schutzwürdigkeit der Interessen der Betroffenen offensichtlich ist, lässt sich die Notwendigkeit einer nichtöffentlichen Behandlung daraus zweifelsfrei herleiten.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Sachstandsbericht zum Stadtratsantrag 0315/2015 Mehr Übernachtungsplätze für obdachlose Frauen (SPD)** **Vorlage: 1160/2018**

Herr Amtsleiter Hensel stellt den Sachstandsbericht bezüglich der Übernachtungsplätze für obdachlose Frauen in der Landeshauptstadt Mainz vor. Bei reiner Betrachtung der aktuellen Auslastungszahlen ist eine Aufstockung von Übernachtungsplätzen aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig.

Der Ausschuss diskutiert, ob die Auslastung das richtige Instrument zur Beurteilung des tatsächlichen Bedarfs ist und kommt zu der übereinstimmenden Auffassung, dass eine erweiterte Prüfung durch die Verwaltung folgen sollte. So gelte es in Zukunft die Konzepte der Einrichtungen zu beobachten, um dort eventuelle Anpassungen zur Besserung der Situation von obdachlosen Frauen vorzunehmen.

Danach soll das Thema spätestens in einem Jahr erneut im Sozialausschuss vorgelegt werden.

Abschließend nimmt der Ausschuss den Sachstandsbericht mit folgender Änderung des Beschlussvorschlages zur Kenntnis:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Eine Wiedervorlage erfolgt in einem Jahr.

Punkt 2 **Monitoringsystem: "Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz"**
Vorlage: 1100/2018

Herr Wittmer, Leiter des Büros für Migration und Integration, stellt die Beschlussvorlage vor. Ziele und Inhalte werden erläutert und Fragen beantwortet. Im Anschluss ergibt sich eine intensive Diskussion. So fehlen einigen Ausschussmitgliedern umfassendere Formulierungen sowie konkrete Schritte zur Umsetzung.

So wird der Begriff des „Monitoringsystems“ kritisiert. Als Alternative wird seitens des Ausschusses die Formulierung „Maßnahmenkatalog“ vorgeschlagen und zur Abstimmung gestellt. Dieser Vorschlag wird jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Frau Lauzi beantragt unter dem Handlungsfeld 4.2 Ausbildung und berufliche Integration die Aufnahme einer zusätzlichen Maßnahme 5. Nach kurzer Diskussion fasst der Sozialausschuss den einstimmigen Beschluss, diese Maßnahme wie folgt noch mit aufzunehmen:

Maßnahme 5	Arbeitsgenehmigungen für Zugewanderte werden schneller erteilt
Erfolgsindikator	Die Zusammenarbeit der Bundesagentur für Arbeit und dem Bürgeramt bei der Erteilung von Genehmigungen zur Aufnahme einer Beschäftigung wird optimiert.
Zeithorizont	Kurzfristig: Maßnahmen für eine Verfahrensoptimierung werden entwickelt und umgesetzt.
Zuständigkeit	Bürgeramt

Abschließend fasst der Sozialausschuss mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die städtischen Gremien nehmen das Monitoringsystem des “Kommunalen Integrationskonzepts für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz” mit der vorgeschlagenen Ergänzung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Monitoringsystem genannten mittel- und langfristigen Ziele umzusetzen und die Umsetzung sodann als Bericht vorzulegen.

Punkt 3 **Konzept »Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Mädchen in Mainz«**
Vorlage: 0856/2018

Herr Dr. Lensch stellt das vorliegende Konzept vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Frau Lauzi weist daraufhin, dass auf den Seiten 8 und 9 noch auf das KJHG Bezug genommen wurde. Der Begriff „KJHG“ ist durch „SGB VIII“ zu ersetzen.

Der Ausschuss für Frauenfragen und der Sozialausschuss nehmen Kenntnis vom Konzept »Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Mädchen in Mainz«.

Punkt 4 Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation

Herr Amtsleiter Hensel stellt die aktuelle Flüchtlingssituation vor und erläutert die Tischvorlage. Er berichtet, dass die Flüchtlingszahlen in den Unterkünften gesunken sind. So liegt die Anzahl der Belegungen bei einer Belegungskapazität von 1975 bei durchschnittlich 1549. Im Juli waren 1428 Plätze belegt, was einer Auslastungsquote von 79,55 Prozent entspricht. Sollten die Zahlen dauerhaft unter eine Quote von 80 – 85% sinken, werden bestehende Kapazitäten zurückgeführt.

Die Tischvorlage wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll beigelegt.

Punkt 5 Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Herr Hensel berichtet, dass zwischenzeitlich die erste Abrechnung der IKK für das 3. Quartal 2017 vorliegt und dass auch künftig mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. 6 Monaten jeweils nach Quartalsende zu rechnen ist. Sobald die Abrechnungen von zwei Quartalen vorliegen, können Daten und Arbeitsprozesse ausgewertet werden.

Aus diesem Grunde wird die Verwaltung das Thema wieder auf die Tagesordnung nehmen, wenn belastbares Zahlenmaterial vorliegt.

Punkt 6 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 15.05.2018 (verschickt am 12.06.2018)

Die Niederschrift über die Sitzung vom 15.05.2018 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 Mitteilungen

Herr Dr. Lensch verweist auf die ausgelegten Flyer des Büros für Migration und Integration für die interkulturelle Woche.

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez.

.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.

.....
Monika Besch
Schriftführung

